

Analyse

Über die Zukunft liberaler Politik in Russland

Jens Siegert, Moskau

Zusammenfassung

Achtzehn Monate vor der nächsten Dumawahl ist das so genannte „liberale Lager“ weit von einer Einigung entfernt. Alle Versuche, die Zusammenarbeit der seither außerparlamentarischen Kräfte zu verstetigen, sind gescheitert. Zwar herrscht Übereinstimmung, dass nur ein einigermaßen einiges liberales Lager eine realistische Chance auf Wiedereinzug in das Parlament hat, aber ob dieses Ziel unter den gegenwärtigen Bedingungen einer umfassenden Kontrolle des Wahlprozesses durch den Kreml erreicht werden kann, ist umstritten. Ein Teil der liberalen Kräfte setzt daher in erster Linie auf eine behauptete fehlende Stabilität des von Putin geschaffenen politischen Systems und die daraus unausweichlich folgenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krisen. Solche Auffassungen machen angesichts geschickter Änderungen von Wahl- und Parteiengesetzgebung durch die Kreml-Administration eine Einigung des liberalen Lagers noch vor der kommenden Dumawahl unwahrscheinlich. Die Gefahr, dass es auch in der kommenden Legislaturperiode keine liberale Fraktion im Parlament geben wird, ist sehr hoch.

Libérale Verwirrungen

Achtzehn Monate vor der nächsten Dumawahl im Dezember 2007 ist das so genannte „liberale Lager“¹ wie eh und je uneinig darüber, woher und von wem die Rettung vor einer weiteren „Putinisierung“ Russlands kommen kann. Der Schock der Wahlniederlage im Dezember 2003, als keine der beiden liberalen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte (SPS) die 5-Prozent-Hürde überspringen konnte oder durfte, sitzt weiter tief. Einigkeit herrscht lediglich in zwei Punkten: Erstens hat nur ein einigermaßen einiges liberales Lager, das im Idealfall mit einer gemeinsamen Liste zur Dumawahl antritt, eine realistische Chance auf Wiedereinzug ins Parlament. Zweitens hängt der Wiedereinzug letztendlich aber davon ab, ob der Kreml das zulässt oder nicht. Auf die Entscheidung oder das Vermögen des Kreml dazu dürften aber wiederum Einigkeit und Stärke des liberalen Lagers einen gewissen, wenn auch nicht entscheidenden Einfluss haben.

Uneinigkeit herrscht über alles andere: Darüber, ob es überhaupt Sinn macht sich einem vom Kreml diri-

gierten und dominierten Wahlprozess zu unterziehen, um dann als vermutlich kleinste Oppositionspartei in einem von einer kremltreuen Partei wahrscheinlich mit Zwei-Drittel-Mehrheit dominierten Staatsduma zu sitzen. Darüber, wer in einem möglichen Wahlbündnis, um mit Gerd Schröder zu sprechen, „Koch“ und wer „Kellner“ ist. Darüber, welchen Charakter das Putinsche Herrschaftssystem hat, ob es sich zum Beispiel um ein kriminell-autoritäres Regime handelt, das „Krieg mit dem eigenen Volk“ (Garri Kasparow) führt, oder ob es sich um eine verwandelte Rückkehr des bürokratischen Systems der Sowjetunion handelt – geheimdienstdominiert und ideologieentkleidet. Und letztlich und am wichtigsten wohl darum, wie viel Bewegungsfreiheit es innerhalb dieses politischen Systems noch gibt, wie stabil das System auf kurze und mittlere Sicht ist und ob eine liberale Fraktion in der Staatsduma einen Unterschied macht.

Die Handelnden

Seit den Dumawahlen 2003 gab es wiederholt Versuche, die nun außerparlamentarischen demokratischen Kräfte zu einigen. Im Frühjahr 2006 sind fünf Akteure oder Akteursgruppen von Bedeutung übrig geblieben: die früheren Parlamentsparteien Jabloko und SPS, die Republikanische Partei Russlands (RPRF) oder besser Wladimir Ryschkow an der Spitze dieser Partei, der ehemalige Premierminister Kasjanow und der ehemalige Schachweltmeister Garri Kasparow. Keine der Parteien und PolitikerInnen hat es geschafft, zu einer im liberalen Lager und in der Öffentlichkeit anerkannten Führungsfigur zu werden. Da freie Wahlen *de facto* abgeschafft sind, und Justizbehörden und

¹ Die politische Farbenlehre in Russland unterscheidet sich erheblich von den im übrigen Europa üblichen Zuordnungen. Ich verwende den Begriff „liberal“ für ein Spektrum, das etwa die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien auch abdecken, mit Ausnahme bolschewistischer Reste in der Linkspartei und kleinerer rechtskonservativer Überreste bei der Union. Oft werden die politischen Kräfte, um die es hier geht, auch der Einfachheit halber als „Demokraten“ bezeichnet, weil sie zumindest eint, dass sie eine Gesellschaft nach westlichem liberalen und demokratischen Muster anstreben.

Wahlkommissionen sich in hohem Maße manipulativ verhalten, ist es zudem fast unmöglich, die tatsächliche Stärke politischer Vereinigungen einzuschätzen.

Garri Kasparow

Direkt nach der Dumawahl 2003 gründete Garri Kasparow gemeinsam mit dem ehemaligen SPS-Vorsitzenden Boris Nemzow und eine Reihe von Politologen und Publizisten, das „Komitee 2008 ‚Freie Wahl‘“. In seiner Gründungsdeklaration forderte das Komitee zum Kampf um das Wahlrecht auf. Ziel sei es, insbesondere die Präsidentenwahlen 2008 wieder zu tatsächlichen Wahlen zu machen und damit die unter Präsident Putin eingeschränkten demokratischen Freiheiten zu verteidigen. Das Komitee traf sich mehrmals, gab einige scharf-oppositionelle Erklärungen heraus und verschwand schon Mitte 2004 wieder in der Versenkung, ohne sich allerdings formal aufzulösen.

Eine Art Nachfolger des Komitees 2008 ist der Allrussische Bürgerkongress, der jeweils im Dezember 2004 und 2005 zwei große Konferenzen zu den Jahrestagen der Dumawahl 2003 in abhielt. Treibende Kraft dahinter ist ebenfalls Garri Kasparow, auch wenn es neben ihm mit Ludmila Alexejewa, Vorsitzende der Moskauer Helsinki Gruppe, und Georgij Satarow, bekannter Antikorruptionskämpfer und Leiter der Stiftung „Indem“, zwei formal gleichberechtigte Co-Vorsitzende gibt. Auch traten auf den beiden Konferenzen fast alle wichtigen Akteure des liberalen Lagers auf, einschließlich der Parteivorsitzenden von SPS und Jabloko und führender NGO-Vertreter. Doch über die beiden Konferenzen hinaus entfaltete der Allrussische Bürgerkongress bis heute kaum öffentliche Initiativen. Die Konferenzen selbst sind Einzelereignisse geblieben, denen sich freilich nur wenige der Akteure entziehen konnten oder entziehen wollten. Niemand möchte beschuldigt werden, den notwendigen Einigungsprozess zu sabotieren oder boykottieren. Zur institutionellen Konsolidierung oder zur inhaltlichen Einigung hat der Bürgerkongress jedoch kaum beigetragen. Dazu wird er auch, trotz einer verbreiteten Basis gegenüber dem Komitee 2008 zu sehr von Kasparow dominiert.

Im Laufe des vergangenen Jahres hat Garri Kasparow noch einmal Ton und Inhalt seiner Kritik an der Putinschen Politik radikalisiert. Putins Regime führe einen inneren Krieg gegen das eigene Volk ist seine Hauptthese. Nach seiner Auffassung ist das Putin-System zudem weit weniger stabil, als es scheint. Eine Systemkrise, ähnlich der in der Ukraine 2004 ist in naher Zukunft unabwendbar. Kasparows Einfluss entspringt zu einem großen Teil dieser Radikalität,

die es anderen, gemäßigeren Politikern schwer macht, öffentlich sichtbar zu bleiben, ohne zu großer Nähe zu Putin verdächtigt zu werden. Damit gleicht Kasparow das weitgehende Fehlen einer organisierten und organisierbaren sozialen Basis aus. Ein politisches Programm fehlt. Allerdings ist Kasparow bis heute die einzige charismatische Figur der liberalen Opposition. Diese Stärke weist aber sogleich auch auf die größte Schwäche Kasparow hin: Er braucht die Radikalisierung und eine Revolutionsrhetorik, um sichtbar zu bleiben und Wirkung zu erzielen. Außerdem ist ihm an einer strukturellen und institutionellen Konsolidierung der demokratischen Opposition kaum gelegen, da sie seine Rolle des Volkstribuns verringern würde. Kasparow bleibt eine Art Einpeitscher, der nie ganz dazugehört. Folgerichtig hat er bereits erklärt, an den kommenden Parlamentswahlen nicht teilnehmen zu wollen. Angesichts des geänderten Wahlgesetzes könnte er das auch nur, indem er in eine schon bestehende Partei eintreten und auf deren Liste kandidieren würde. Auch die neueste Initiative von Kasparow (formal: des Allrussischen Bürgerkongresses), die im Vorfeld des G8-Gipfels am 11. und 12. Juli in Moskau geplante Konferenz „The Other Russia“, passt in dieses Muster. Sie soll dem – vorwiegend westlichen – Publikum ein anderes, also nicht-putinsches Russland zeigen, als das auf dem Gipfel in St. Petersburg präsent und präsentierte.

Michail Kasjanow

Michail Kasjanow versucht sich seit März 2005 mit seiner öffentlich angekündigter Präsidentschaftskandidatur als „Führer aller liberalen Kräfte“ zu positionieren. Der Zeitpunkt war nicht zufällig gewählt. Direkt nach der „oranzen Revolution“ in der Ukraine und ein Jahr nach der „Rosenrevolution“ in Georgien gab es vor allem in den USA nicht wenige, die eine Juschtschenko und Saakaschwili vergleichbare Figur (bekannt, möglichst populär, mit Regierungserfahrung) auch in Russland für die Voraussetzung für einen politischen Wechsel hielten. Diese Erwartungen, besser Befürchtungen teilten und teilen auch ein nicht unerheblicher Teil der russischen Machtelite. Doch diese zu einfache Rechnung ging nicht auf. Weder zeigten ausreichend viele liberale Politiker Interesse an einer „Integrationsfigur“ Kasjanow, noch reicht die Popularität des Ex-Ministerpräsidenten aus. Im Gegenteil: Sein Image ist in den Augen der meisten Menschen in Russland weiterhin eng mit der Wirtschaftskrise und der Korruption der Jelzinpräsidentschaft verbunden. Kasjanow war schon in den späten Jelzinjahren Finanzminister und stellvertretender Regierungschef und sein von findigen „Polittechnologen“

geprägter Spitzname „Mischa-Zwei-Prozent“, der auf eine angebliche zweiprozentige Gewinnbeteiligung an Kasjanow für Informationen darüber verweist, welche Kredite das Not leidende Russland bedienen oder eben nicht bedienen werde, hängt ihm bis heute an.

Ende 2005 versuchte Michail Kasjanow die „Demokratische Partei“ von Nikolaj Trawkin zu übernehmen, um sie zu einer Alternative zu den „alten“ Parteien SPS und Jabloko als Sammlungsbecken der liberalen Kräfte zu machen. Das Unternehmen scheiterte aber an geschickter Obstruktion aus dem Kreml. Die Mehrheit der Delegierten erschien nicht im Parteitagssaal, sondern wählte an anderer Stelle eine alternative Parteispitze. Zu diesem für Kasjanow offensichtlich unerwarteten Stimmungswandel sollen laut Presse, Handgeldzahlungen nicht unerheblich beigetragen haben. Auf Warnungen aus der Präsidentenadministration hatte Kasjanow nicht gehört. Nach dieser Erfahrung beschränkte er sich im Frühjahr 2006 auf die Gründung einer „Volks-Demokratischen Bewegung“ (Narodno-Demokratischekoje Dwizhenije). Kasjanow schließt eine Beteiligung an den kommenden Dumawahlen aus. Hierin Kasparow ähnlich, zeichnet auch er ein krisenhaftes Bild vom Zustand des politischen und ökonomischen Systems, allerdings ohne Kasparows kriegereischen Unterton. Kasjanow gibt eher den *Elder Statesman* mit weiterhin guten Beziehungen in den Apparat. So empfiehlt er sich auch als „Mann des Westens“ für den Fall der Fälle.

Wladimir Ryschkow

Wladimir Ryschkow ist einer der wenigen unabhängigen und liberalen Abgeordneten der Staatsduma. Er gewann 2003 wie schon zweimal zuvor einen Direktwahlkreis im Gebiet Altaj. Bei den kommenden Dumawahlen wird es aber keine Direktkandidaten mehr geben. Alle Abgeordneten werden nach weit reichenden Änderungen im Wahlgesetz, zu denen auch die Einführung einer 7-Prozent-Hürde gehört, über Parteilisten bestimmt. Ryschkow versucht, sich als Alternative zu den alten „verbrauchten“ liberalen Kräften aufzubauen. Entsprechend lehnt er Kompromisse mit Jabloko und SPS oder Vereinigungsgespräche konsequent ab. Die alten Parteien mit dem bekannten Führungspersonal, hätten ihre Chance gehabt und sie nicht genutzt. Sie seien zu einer Erneuerung nicht mehr in der Lage, wichtiger noch, die WählerInnen würden ihnen eine Erneuerung nicht abnehmen.

2005 versuchte sich Ryschkow mit der Übernahme des Vorsitzes der RPRF folgerichtig eine eigene Parteibasis zu schaffen. Er warb auch bei zwei wei-

teren Parteiinitiativen, den Soldatenmüttern und der Partei „Grünes Russland“ unter dem Vorsitz von Alexej Jablokow, dafür, sich mit seiner Partei zu vereinigen. Zumindest ein Teil, internen Informationen zufolge etwa 5.000, der Soldatenmütter ging auf das Angebot ein und trat im Herbst 2005 in die RPRF ein. Doch all diese Anstrengungen halfen nicht. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird der Partei die nach den Gesetzesänderungen obligatorische Umregistrierung versagt. Gegenwärtig klagt sie gegen eine ganze Reihe von regionalen Wahlkommissionen, die die jeweiligen regionalen Untergliederungen der RPRF wegen „mangelnder Aktivität“ geschlossen haben. Werden diese Entscheidungen rechtskräftig, dann wird die Partei die Bedingungen des verschärften Parteiengesetzes nicht erfüllen, die mindestens 50.000 Mitglieder insgesamt und in mindestens 45 Regionalorganisationen jeweils mindestens 500 Mitglieder fordern.

SPS

Der Zustand der SPS ist nur sehr schwer einzuschätzen. Immerhin hat es die Partei Anfang 2006 bei zwei Regionalwahlen über die 5-Prozent-Hürde geschafft. Es scheint also zumindest einige handlungsfähige Regionalgruppen zu geben. Mit Nikita Belych, der zuvor einige Jahre lang stellvertretender Gouverneur des Gebiets Perm war, gibt es eine recht unverbrauchte, neue, wenn auch oft etwas provinziell wirkende Führungsfigur. Das Provinzielle muss aber in einem weitgehend aus Provinzen bestehenden Land nicht unbedingt schlecht sein. Die SPS hat ein gegenüber den anderen Parteien ein großes Plus, dass aber zugleich ihr wohl größtes Minus ist: eine stabile Finanzierungsquelle. Sie hängt weiterhin nicht nur organisatorisch und ideologisch stark vom ehemaligen Leiter der Jelzin-Präsidentenadministration und heutigen Vorstandsvorsitzenden des Strommonopolisten „Vereinigte Energiesysteme“ Anatolij Tschubajts und dessen finanzieller Freigiebigkeit ab – und damit natürlich indirekt vom Kreml. Das sind in den Augen vieler WählerInnen zwei arge Handikaps: Für die einen steht SPS wegen Tschubajts dem Kreml zu nahe, für die anderen, ebenfalls wegen Tschubajts, den Sünden der Reformer der Jelzinzeit. Grundsätzlich ist SPS zu einem Bündnis mit Jabloko bereit, allerdings nur als *merger of the equal* und nicht unter der Führung von Jabloko-Chef Grigorij Jawlinskij.

Jabloko

Genau diese politisch und moralisch zweifelhafte Vergangenheit macht ein mögliches Bündnis mit SPS für Jabloko zu einer heiklen Angelegenheit. Jabloko ist die einzige liberale Partei, der ein funktionie-

rendes Regionalnetzwerk nachgesagt wird. Größere Wahlerfolge blieben in den vergangenen Jahren aber auch bei Regionalwahlen aus. Immerhin hat Jabloko die Umregistrierung überstanden und von den Zentralen Wahlkommission amtlich 55.000 Mitglieder bestätigt bekommen. Im Frühjahr 2006 haben sich ein großer Teil der Initiatoren zur Gründung der Partei „Grünes Russland“ Jabloko angeschlossen und innerhalb der Partei eine Fraktion gegründet. Gleiches gilt für einen Teil der Soldatenmütter.

Ein großes Problem bleibt für Jabloko das Image von Parteichef Grigorij Jawlinskij als „gescheitertem Politiker“, der in der Vergangenheit immer dann nicht „gesprungen“ ist, wenn es darauf ankam. Wie alle liberalen Parteien außer SPS plagen Jabloko enorme Geldsorgen, da praktisch alle legalen Geldquellen vom Kreml kontrolliert werden. Auch Jabloko hat mehrfach die Bereitschaft zu einem Bündnis mit SPS erklärt, trotz großer ideologischer Bedenken und der bis heute großen Nähe zum Kreml. Allerdings ist die Partei unter den gegenwärtigen rechtlichen Bedingungen (siehe unten) nicht bereit, sich auf das Wagnis einzulassen, die eigene, eingeführte „brandname“ aufzugeben.

Ist ein Wahlbündnis überhaupt noch möglich?

In Bezug auf die Parlamentswahlen 2008 kristallisieren sich im Wesentlichen zwei Positionen heraus. Die erste geht davon aus, dass eine liberale Fraktion im Parlament, trotz dessen machtpolitisch relativ geringer Bedeutung, eine Voraussetzung für das „Überwintern“ liberaler politischer Strukturen in Russland ist und zudem einen gewissen Schutz gegen das weitere Erodiere demokratischer Freiheiten und die wachsenden autoritativen Tendenzen bieten kann. Dieser Position liegt meist die Annahme zugrunde, dass das Putinsche Regime oder seine möglichen Nachfolgesysteme zwar im Kern nicht stabil sind, angesichts der vorherrschenden Stimmungen im Land aber zumindest kurzfristig nicht mit einer tief greifenden politischen Demokratisierung zu rechnen ist. Dieser Sichtweise hängen wohl nicht zufällig auch die Führungsgremien von SPS und Jabloko an, also derjenigen Organisationen mit den ältesten und stabilsten organisatorischen Strukturen. Sie haben zudem das größte Interesse an einem stabilen und langfristigen Bündnis der liberalen Kräfte.

Die zweite Position gibt einer liberalen Vertretung im Parlament entweder keine Chance oder misst ihr keine Bedeutung zu, oft beides. Abhilfe wird von außen oder von der Straße erhofft. Die gegenwärtige Situation wird meist als akut krisenhaft geschildert, aus der sich jederzeit den ukrainischen oder georgi-

schen Umbrüchen ähnliche Entwicklungen ergeben könnten. Diese Sichtweise wird radikal von Kasparow formuliert, vorsichtiger von Kasjanow und, in letzter Zeit, von Ryschkow. Auffällig auch hier, dass keiner der drei über eine strukturierte soziale oder politische Basis verfügt. Gemessen an der Hektik, mit der der Kreml in den vergangenen zwei Jahren versucht, die politischen Prozesse im Land zu steuern, Pseudoparteien ins Leben zu rufen und real existierende zu kujonieren, scheint diese Sichtweise auch in der gegenwärtigen Machtelite viele Anhänger zu haben. Für die zweite Position ist eine auch strukturell und langfristig angelegte Einigung der liberalen Kräfte in Russland weniger wichtig als taktische und situative Bündnisse.

Doch selbst unter der Voraussetzung, es gäbe Einigkeit darüber, dass ein Bündnis zu den nächsten Dumawahlen notwendig und nützlich sei, bliebe nur noch wenig Zeit und fast noch weniger Möglichkeiten, eines zu schaffen. Grundsätzlich gibt es auch dazu zwei unterschiedliche Auffassungen. Die erste sieht SPS und Jabloko als verbraucht und für zu viele potentielle Wähler nicht mehr wählbar an. Man bräuchte also einen ganz neuen Anfang. Alle Versuche (Kasjanow, Ryschkow), eine solche neue Hülle zu etablieren, sind aber fehlgegangen, meist unter aktiver Mithilfe der Präsidentenadministration. Eine völlige Neugründung aber scheitert inzwischen am neuen Parteiengesetz und der fortgeschrittenen Zeit: Parteien müssen, um zu Wahlen zugelassen zu werden, mindestens ein Jahr vor dem Wahltag offiziell registriert sein. Auch hat der Kreml mehrfach gezeigt, dass er die Neugründung von Parteien nicht zuzulassen geneigt ist.

Listenverbindungen sind schon länger verboten, wie in Deutschland auch. Bliebe die Möglichkeit, sich analog zu PDS/Linkspartei und WSAG darauf zu verständigen, dass Kandidaten aus allen liberalen Parteien auf eine ausgewählte Parteiliste aufgenommen würden. Dieses Verfahren hätte sogar den Vorteil im Dezember 2005 bei den Wahlen zum Moskauer Stadtparlament bereits einem mit gewissem Erfolg ausprobiert worden zu sein. Auf der Liste von Jabloko kandidierten Mitglieder von SPS, Alexej Jablokow von „Grünes Russland“ und eine Vertreterin der Soldatenmütter. Die gemeinsame Liste bekam knapp 11 Prozent und überwand die in Moskau besonders hohe Hürde von 10 Prozent. Doch gelang es nicht, den Wiedereinzug ins Moskauer Stadtparlament als Erfolg einer gemeinsamen Strategie im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Außerdem gibt es bereits Pläne des Kreml, die Kandidatur von Nichtparteimitgliedern auf einer Parteiliste noch vor den kommenden Dumawahlen zu verbieten.

Eine Vereinigung von Parteien, immer wieder in der Diskussion, wird auch immer unwahrscheinlicher. Formal wäre das nur möglich, wenn die Mitglieder einer Partei zuerst aus ihrer Partei austreten, um dann in einem zweiten Schritt in die neue Partei einzutreten. Zwischenzeitlich könnte die aufzugebende Partei vom Justizministerium aufgelöst werden, bevor die neue bereit ist. Dieses hohe Risiko ist bisher, ganz abgesehen von ideologischen Differenzen, persönlichen Eitelkeiten und sonstigen Hindernissen, niemand

bereit einzugehen. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, dass sowohl SPS als auch Jabloko versuchen werden zu den Dumawahlen 2007 mit jeweils eigenen Listen, also auch gegeneinander anzutreten. Gemessen am gemeinsamen Wählerpotential von 10 bis maximal 15 Prozent ist das erneute Scheitern beider an der diesmal 7 Prozent hohen Hürde sehr groß. Es bleibt also wieder der Entscheidung des Kreml überlassen, ob es in der neuen Duma eine liberale Fraktion geben wird oder nicht.

Über den Autor

Jens Siegert ist Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er als zehn Jahre in Moskau als Korrespondent deutschsprachiger Printmedien und Radio.

Lesetipps

- V.J. Gel'man: Political Opposition in Russia: A Dying Species?, in: Post-Soviet Affairs, 21.2005, Nr. 3, S. 226–246.
- S. White; I. McAllister: Dimensions of Disengagement in Post-Communist Russia, in: The Journal of Communist Studies and Transition Politics, 20.2004, Nr. 1, S. 81–97.
- Elfe Siegl: Haben die Liberalen in Russland eine Chance? und Galina Michaleva: Haben liberale Kräfte eine Zukunft? , in: Russlandanalysen 91. <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen91.pdf>

Webseiten

- Allrussischer Bürgerkongress: www.civitas.ru
- Garri Kasparow: www.kasparov.ru
- Jabloko: www.yabloko.ru
- Union der Rechten Kräfte: www.sps.ru
- Komitee 2008 „Freie Wahl“: www.komitet2008.ru
- Konferenz „The Other Russia“: www.theotherussia.ru
- Wladimir Ryschkow: www.ryzkov.ru

Tabellen und Grafiken zum Text

Parteien und politische Orientierung im Frühjahr 2006

Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums vom April und Mai

<http://www.levada.ru/press/2006050502.html>, <http://www.levada.ru/press/2006060504.html>

Wenn nächsten Sonntag Dumawahlen würden, für welche Partei würden Sie stimmen?

	April		Mai	
	Alle Befragten	Von denen, die abstimmen wollen und sich schon entschieden haben	Alle Befragten	Von denen, die abstimmen wollen und sich schon entschieden haben
Einiges Russland	29%	51%	29%	49%
KPRF	10%	19%	9%	16%
LDPR	6%	11%	6%	9%
Heimat (Babakow)	1%	2%	1%	1%
Block SPS-Jabloko	1%	3%		
SPS			1%	2%
Jabloko			2%	4%
Für ein würdiges Leben (Glasjew)	2%	3%	3%	5%
Agrarpartei Russlands	1%	1%	1%	2%
Partei der Pensionäre	1%	1%	1%	1%
Gegen alle	8%	5%	8%	5%
Gehe nicht zur Wahl	14%		14%	
Weiß nicht, ob ich zur Wahl gehe	7%		7%	
Weiß nicht, für wen ich stimmen soll	18%		18%	
Residuum	2%	4%	0%	6%

Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums vom April und Mai

<http://www.levada.ru/press/2006050502.html>, <http://www.levada.ru/press/2006060504.html>